



# Der Orient in Aufruhr

Ramy Raouf / Wikimedia Commons (2)

Während der Demonstrationen in Ägyptens Hauptstadt protestierten Tausende mit der Landesfahne gegen das Regime von Hosni Mubarak.

Tunesien, Ägypten, Libyen: Die arabische Welt ist im Umbruch – aufregende Zeiten für die Wissenschaftler am Marburger Zentrum für Konfliktforschung (ZfK), das soeben sein 10-jähriges Bestehen feierte. Wo liegen die Gründe für den Wandel, wo führt er hin? Darüber sprach ZfK-Geschäftsführer Johannes M. Becker mit Rachid Ouaisa vom Centrum für Nah- und Mittelost-Studien.

**M**arburger Uni-journal: *Wenn man auf die arabische Region schaut, wo sich politisch sehr viel verändert: Ist das ein Dominoeffekt, oder sind das Koinzidenzen, die zufällig an mehreren Orten aufflackern?*  
**Johannes M. Becker:** Es ist beides. Es ist ein Dominoeffekt in der Hinsicht, dass eine Bewegung – Tunesien – die anderen ermuntert, auf die Straße zu gehen; aber dennoch haben die Bewegungen in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Ursachen. In Tunesien ist es eine Bewegung der enttäuschten, gut gebildeten, relativ hoch

qualifizierten jungen Leute, die auf die Straße gehen und Respekt fordern – Respekt für ihre bisherige Lebensleistung. In Ägypten war's vor allem ein Aufstand der Armen, der Hungernden.

**Rachid Ouaisa:** Das Motto dieser Bewegung war am Anfang die Demütigung: Dieser junge Mann, der sich in Brand gesetzt hat, weil er von einer Polizistin geohrfeigt wurde. Man hat jeden Tag solche Fälle der Willkür, ich hab's selber erlebt. Ich erinnere mich, wir wollten eine Urkunde im Rathaus abholen ...

**Becker:** Bei Euch Zuhause in Algerien?

**Ouaisa:** Ja. Ich hatte eine Mütze, treffe einen Polizisten auf der Treppe, der sagt: „Was ist das? Ab!“, einfach so (*Ouaisa macht eine wischende Handbewegung*). Er hatte gerade Lust, mir die Mütze wegzunehmen.

**Becker:** Und die Mütze wahrscheinlich als ein Zeichen der Moderne und der Sympathie zu den kapitalistischen Ländern.

**Ouaisa:** Also diese Willkür ist da. Und plötzlich hat dieses kleine tunesische Volk Mut geschöpft, und dann ist die Ansteckungsgefahr in der Tat da, und dann geht's los: Ja, wenn es die Tunesier geschafft haben, schaffen wir das alle.

Die Demokratie in den

Industriestaaten kam dadurch, dass die Bourgeoisie ihr Kapital erweitern musste. Sie musste imperialistisch agieren, brauchte Armeen, brauchte Bürokraten... Irgendwann forderten die Arbeiter, die Mittelschichten und so weiter Partizipation, was Hobsbawm als Selbstentmachtung der Bourgeoisie bezeichnet hat, weil die unbedingt ihr Kapital erweitern wollten.

In der arabischen Welt hat sich die Beschäftigung nie erweitert. Es arbeitet nur ein kleiner Teil. Ich war vor Kurzem im Libanon, da arbeiten vielleicht fünf Prozent, der Rest handelt, lebt von irgendwas, die konsumieren weniger. Es ist die





Die Aktivisten der Gruppe „Broadcast of the Revolution“ (hier bei einer Veranstaltung in Kairo) begleiteten die Massenkundgebungen in Ägypten.

Frage, ob man auch durch Verbreitung von westlichem Konsum, der in Tunesien und Teilen Ägyptens verbreitet ist, zu politischen Forderungen kommt.

*Aber was ist politisch an der Forderung, am Konsum teilhaben zu können?*

**Ouaissa:** Das ist höchst politisch, das haben Ethnologen oder Kulturwissenschaftler längst beschrieben. Zum Beispiel die Mode: Die tragen Schleier, bringen aber so eine Note rein, die doch modernistisch ist. Also Lippenstift bis zum Es-geht-nicht-mehr ... die bringen eine Note rein, die gar nichts mit dem Islam zu tun hat. Muslimisch, aber offen sein: Das ist neu, das ist eine Revolte sowohl gegen die islamischen Institutionen als auch gegen den Staat. Oder ein Produkt wie Mecca-Cola: Ich will Teil dieser Globalisierung sein, aber trotzdem meine persönliche Note reinbringen. Insofern kann Konsumieren eine Form von Distinktion sein, zumindest nonkonformistisches Verhalten.

**Becker:** Die gebildeten Mittel-

schichten wissen natürlich, wenn sie ein Hochschulstudium absolviert haben – und viele von denen studieren ja in Frankreich und Großbritannien, einige kommen zu uns, viele gehen auch in die USA –, dann sehen sie, wie wir hier leben; und so wollen sie auch leben. Das geht über den reinen Konsumismus hinaus, sie wollen politisch partizipieren, wollen ernst genommen werden. „Respect“ hieß

**„Es hieß nicht: Respekt für den Islam, es hieß: Respekt für uns, mit unserer Ausbildung!“ Johannes M. Becker**

nicht zuletzt der Slogan der Jugendunruhen in Frankreich ... Und sie wollen, dass das, was sie auf den Hochschulen gemacht haben, von den heimischen korrupten Eliten anerkannt wird.

Ich habe jetzt vier Reisen nach Sfax gemacht, unserer tunesischen Partnerstadt. Da

gibt es ein wunderschönes Rathaus, da stehen am Anfang des Saals ein paar Stühle und da sitzen Leute drauf – verschleierte Frauen, aber auch Bauern, die vom Dorf kommen – und warten darauf, dass sie von irgendeinem Abteilungsleiter vorgelassen werden. Der Abteilungsleiter sitzt am ganz anderen Ende des Saales, ein bisschen erhöht auf einem kleinen Thron, da müssen sich diese Leute durch

diesen langen Saal begeben, und es ist völlig klar, dass sie total abhängen von der Willkür dieses Mannes.

Das kennen die Studierenden von der Universität Sfax aber anders, wenn sie einmal außerhalb ihres Landes waren, das wollen sie nicht mehr haben! Und das trifft sich mit dem

allgemeinen Partizipationswillen, von dem Rachid Ouaisa eben gesprochen hat.

**Ouaissa:** Meine These bleibt weiterhin die Übersättigung – in völliger Armut hätte es wahrscheinlich keine große Revolte gegeben. In Bahrain, die haben wirklich keine großen wirtschaftlichen Probleme: Was die an pro-Kopf-Einkommen haben, liegt über dem arabischen Durchschnitt. Aber wenn man so viel ausgebildet hat, reicht es nicht, wenn man 5.000 Euro im Monat in die Hand kriegt – es ist eine Demütigung: Ich bin Ingenieur oder Arzt – gib mir kein Geld, ich will arbeiten!

Das ist eine Reaktion auf die so genannten Rentierstaatsmodelle: Das sind Staaten, die leben davon, dass sie primär Produkte verkaufen, und der Nahe Osten lebt ja vom Verkauf von Öl und Gas und so weiter. Bis zu einem gewissen Grad ist das gut, indem sie ein gutes, kostenloses Bildungssystem anbieten; man hat Massen ausgebildet, und jetzt muss man die irgendwo zum Arbeiten hinstecken.

Weil eine Industrialisierung nicht vorbereitet wurde, stehen sie jetzt da.

**Becker:** Für einen Rentierstaat braucht man keine Ingenieure. Und die Mediziner holen sie sich dann auch noch aus den westlichen Ländern.

**Ouaissa:** In arabischen Ländern gibt es keine Bourgeoisie im europäischen Sinne, weil sie nichts produzieren. Mit Ölgeldern kaufen sie die Gesellschaft. Das geht 20, 30 Jahre, aber irgendwann, wenn die Gesellschaft wohlhabend ist und denen geht es gut, wollen sie Partizipation.

**Becker:** Dann kommt noch ein weiterer Aspekt dazu: Diese jungen, gut ausgebildeten Leute haben gemerkt, dass es nicht ewig so weitergehen wird – was die heimischen Eliten noch nicht zur Kenntnis genommen haben, weil sie sich dumm und dämlich verhalten und sich in Sicherheit wiegen, weil sie in Jahren viele Millionen aufgehäuft haben.

**Ouaissa:** Wir haben es in der Geschichte der Industrialisierung mit Mehrheitsgesellschaften zu tun, mit Ausnahme Amerikas, also mit relativ homogenen Gesellschaften. Und jetzt haben wir einen neuen Aspekt: Wir haben es da mit höchst heterogenen Gesellschaften zu tun. Solange es Geld zu verteilen gibt, kann man das glattbügeln. In Bahrain haben wir eine Mehrheit, die schiitisch ist, aber einen Emir, der Sunnit ist. Ähnlich wie in Syrien, wo ein Alewit herrscht, die machen etwa zehn Prozent der Gesellschaft aus, die Mehrheit ist sunnitisch; in Ägypten haben wir es plötzlich mit der Stimme der Kopten zu tun, in Libyen gab's einen Aufstand der Berber, und so weiter. Die Heterogenität der Gesellschaft, die offensichtlich wird, ist ein Problem. Und Konsum schafft mehr Disparitäten zwischen Arm und Reich. Wenn man in Kairo ist, da gibt es Shopping Malls, da kann man einen Mercedes kaufen oder Boss-Anzüge, aber da gehen die Armen hin ...

**Becker:** ...um sich das anzuschauen!

**Ouaissa:** Das ist nicht nur der Ort zum Einkaufen für die Reichen, sondern auch ein Ort des



Christian Stein (2)

Treffens für diejenigen, die sich das nicht leisten können. Man sieht plötzlich diesen Reichtum.

Mein Fazit – mit allen Freuden, die wahrscheinlich jeder durch den Untergang dieser Regime hat: Ich glaube, die großen Probleme kommen noch auf uns zu. Riesenprobleme. Denn der Westen hat sich nicht darauf vorbereitet. Das Problem dieser Massen ausgebildeter Leute bleibt bestehen. Bald wird man feststellen, dass Demokratie nicht satt macht. Auch wenn demokratische Strukturen vorhanden sind, werden diese Leute trotzdem nicht zufrieden sein, weil: die brauchen Arbeit. Jetzt werden sie eine leichte Flucht nach Europa suchen.

**Becker:** Und das ist das Problem heute schon. Lampedusa ist überflutet von tunesischen Flüchtlingen, weil die tunesische Grenzschutz nicht mehr funktioniert. Die sind einfach weggelaufen. Die Offiziere haben gesagt: Wir gehen nach Europa, weil wir da ein gesichertes Einkommen haben. In Paris oder in Marseille finde ich immer einen kleinen Job.

**Ouaissa:** Der Meeresgrund muss voll sein von Afrikanern, aber das interessiert ja keinen! Die Weltgemeinschaft reagiert, wenn eine bestimmte Marke von schlechtem Gewissen erreicht ist, und die ist noch lange nicht erreicht.

**Becker:** Sie reagiert, wenn „unser Öl unter deren Sand“ – so ist doch bei uns die allgemeine Denkweise – gefährdet ist. Warum beschäftigt sich der Westen so intensiv mit Militärinterventionen in Libyen und nicht mit anderen Staaten? Diese Frage muss erlaubt sein.

**Ouaissa:** Ja, sie ist erlaubt. Ich habe darüber nachgedacht, wie ich mich selber positionieren würde.

**Becker:** Du als NATO-Generalsekretär oder du als Politologe?

**Ouaissa:** Überhaupt als Mensch. Der Westen interveniert in zwei Staaten in der arabischen Welt, nämlich Irak

Die Politologen Johannes M. Becker (oben) und Rachid Ouaissa im Gespräch



und Libyen, die zufällig am ölreichsten sind. Ich würde mich freuen, wenn sie auf Syrien marschieren! Aber das würden die nicht machen. Syrien ist unwichtig.

**Becker:** Ich freue mich darüber nicht, das muss ich als Konfliktforscher mal klarmachen! Mit Militärintervention wird man lang- und mittelfristig kein politisches Problem lösen können.

**Ouaissa:** Definitiv nicht.

*Kann man sagen, wie die Konflikte in der Region ausgehen?*

**Ouaissa:** Je nach Land. In Tunesien scheint sich das zu stabilisieren; dabei spielt auch eine Rolle: Das sind nur zehn Millio-

kann man diese Region an Europa koppeln in dem Sinne, dass sie ein wichtiger Teil der Weltwirtschaft wird, nicht eine Mülldeponie für die Weltwirtschaft? Die Europäer müssen sich wirklich anstrengen – auch im Interesse Europas! –, aus dieser Region eine industrialisierte Region zu machen, damit sie den Herausforderungen der Globalisierung entgegengehen kann. Es gibt viele Industrien, die Europa sich nicht mehr leisten kann, das wissen wir seit 20 Jahren – diese alte Industrie wandert nach China und nach Indien. Die kann man jetzt mit diesem Potenzial an gut gebil-

## „Diese gut ausgebildeten Leute sind nicht zufrieden, solange sie keine Arbeit haben.“ Rachid Ouaissa

nen Einwohner. Das Land ist auch ein Stück weit industrialisiert, es gibt kleine und mittelgroße Unternehmen.

**Becker:** Es gibt ein Parteiensystem, auch wenn die unterdrückt waren, aber es gab Opposition, eine Zivilgesellschaft.

**Ouaissa:** In einem Land wie Ägypten ist es meines Erachtens schwieriger, denn es sind offiziell 80 Millionen Ägypter – inoffiziell um die 100 Millionen.

40 Prozent der Ägypter leben unter dem Armutminimum, das heißt, die Forderungen in Ägypten sind plötzlich soziale Forderungen geworden. So ein Land zu stabilisieren, ist problematisch. Insofern werden wir ein paar Jahre lang eine nicht unbedingt kriegsartige, aber destabilisierte Region haben.

**Becker:** Wir müssen uns in das Massenbewusstsein dieser im wahrsten Sinne des Wortes aufgeweckten Leute hineinversetzen. Die denken nicht wie wir in Zeiträumen von fünf Jahren. Die warten nicht auf übermorgen, dass sich etwas tut, sondern die wollen alles heute und jetzt! Das wird aber nicht zu realisieren sein. Deswegen laufen die Leute jetzt beispielsweise aus Tunesien weg.

**Ouaissa:** Mein Problem ist: Wie

deten Leuten in Nordafrika ansiedeln.

**Becker:** In Tunesien ist die Industrie ja bereits.

**Ouaissa:** Zum Teil, ja. Deswegen sind die Tunesier gut in diesem Wettbewerb. Dieser Stift (*Ouaissa zeigt auf seinen Kugelschreiber*) wird in China produziert. 70 Prozent der Produktionskosten gehen in Transportkosten. Energie wird zunehmend knapper. Das heißt: Lieber vor der eigenen Türe produzieren, dann kann man die Region politökonomisch stabilisieren.

Billig zu produzieren geht nur, wenn die Länder ihre Nahrungsmittel selbst erzeugen können. Das südostasiatische Modell war nur möglich, weil sie selbst produzieren, was sie essen. In der arabischen Welt gehen 50 Prozent des Budgets in den Nahrungsmittelimport. Man hat kein Geld, um in Industrialisierung zu investieren; diese Länder können nicht billig produzieren, weil sie nicht billig essen können. Da kommt mein Modell: 49 Prozent der europäischen Budgets gehen in die Subvention der Agrarmittel. Wir haben einen Agrarüberschuss in Europa – den schmeißen wir derzeit weg, um den Markt zu stabilisieren! Den Überschuss

könnte man an die Länder der Peripherie geben und diese strategisch zwingen, einen Industrialisierungsweg zu nehmen. Das ist auch die beste Barriere gegenüber der afrikanischen Migration: Wenn es Arbeit in Tunesien gibt, warum soll man nach Europa kommen?

**Becker:** Vielleicht können wir die möglichen Fehler, die wir machen können, an einem der großen Entwicklungsprojekte verdeutlichen: Desertec. Die Energie Nordeuropas soll teilweise in der nordafrikanischen Wüste erzeugt werden; bisher ist vorgesehen, dass diese Energie nach Nordeuropa transportiert wird. Wir müssen das nutzen, um eine Industrialisierung in den nordafrikanischen Staaten herbeizuführen – um billige Energie zu haben, zunächst einmal für diese Völker, um die Leute zu beschäftigen und um die Gesellschaften von unten herauf aufzubauen! Die vorhandenen Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte zu veredeln, weiter zu

verarbeiten, ist ein erster Schritt. *Wie stark sind denn bei diesen Entwicklungen in den arabischen Ländern die islamistischen Kräfte?*

**Ouaissa:** Sich öffentlich zu verbrennen, wie dieser junge Mann in Tunesien, ist ein Akt von Revolte, und zwar gegen zwei Institutionen: Gegen den Staat – man stellt den Staat bloß; sich öffentlich zu verbrennen, heißt, da stimmt irgendwas in dieser Gesellschaft nicht. Des Zweiten, sich umzubringen ist im Islam verboten. Das heißt, ihm war's egal, was der Islam dazu sagt.

Die islamischen Bewegungen haben diese Wende verschlafen. Sie waren nur stark, als der Nationalismus gescheitert war; da kam der Islamismus als ideologischer Ersatz. Islamische Bewegungen sind längst zu Parteien geworden. Ab dem Moment, in dem man eine Partei ist, muss man realpolitisch agieren, die Alltagsprobleme lösen, von denen wir gerade sagten, dass sie zu groß sind.

### SONDERAUSSTELLUNG DER RELIGIONSKUNDLICHEN SAMMLUNG



## Äthiopien feiert Bilder einer Feldforschung

von Konstanze Runge

14. Dezember 2011 bis 27. Juni 2012



Öffnungszeiten:  
Montag - Donnerstag: 9 - 17 Uhr  
Freitag: 9 - 14 Uhr  
Führungen auf Anfrage

Religionskundliche Sammlung  
der Philipps-Universität  
Landgraf-Philipp-Straße 4  
35037 Marburg

[www.uni-marburg.de/relsamm](http://www.uni-marburg.de/relsamm)

Wenn man im Parlament sitzt, verzichtet man auf sein protestierendes Segment, diese Massen, die man durch Diskurse mobilisiert. In dem Moment, in dem man an der Macht ist oder reagiert – und sei's als Bürgermeister einer Kommune –, kann man nicht mehr sagen, der liebe Gott löst alles.

Ich denke, die islamistischen Parteien sind in der Krise, und sie orientieren sich gerade realpolitisch mit einem religiösen Aspekt, sie werden CDU-mäßig. Es geht um Alltag: Ich habe kein Wasser, ich habe keinen Strom, keine Arbeit. Da reicht Gott nicht. Bei Alltagsproblemen, da können die Islamisten auch nicht helfen.

**Becker:** Es hieß nicht: Respekt für die islamische Bewegung, es hieß: Respekt für uns, mit unserer Ausbildung. Und keine antiisraelischen, keine anti-US-amerikanischen Parolen in diesen großen Manifestationen!

**Ouaissa:** Bis in die 90er Jahre war das Monopol der Fatwa, der Rechtsauslegung, in den Händen der Imame: Was der Koran bedeutet, was jeder fromme Moslem braucht – wie soll ich beten, wie soll ich mich anziehen, was soll ich essen, wie soll ich eine Frau kennenlernen, wo sind die Grenzen des Verbotenen? Man kennt sich nicht aus mit diesem komplexen Koran, man geht zu seinem Imam.

Dieses Monopol ist gebrochen durch das Internet. Heute holt man sich seine eigene Fatwa online: Ich habe meinen virtuellen Imam. Dieses Monopol zu verlieren, ist eine Auflösung, Deterritorialisierung des Islam. Als Muslim brauche ich den Imam nicht, und wenn er diese Autorität verliert, dann kann ich mich auch politisch lösen. Diese Facebook-Generation, die hört gar nicht auf die neokolonialen Diskurse – „Israel als Feind“ und so. Wir haben eine Generation, die diese Freund-Feind-Schemata nicht mehr so einfach in Kauf nimmt.

**Becker:** Für mich ist ein ideologischer Aspekt fantastisch und kam völlig unerwartet: Das Feindbild „Islam“ in unseren Ländern ist angegriffen worden – das Feindbild, das darin be-

## Orient und Konflikt

Das „Zentrum für Konfliktforschung“ ist eine fachbereichsübergreifende Einrichtung der Philipps-Universität. Gegründet im Februar 2001, konnte das Zentrum im vergangenen Frühjahr sein 10-jähriges Bestehen feiern. Es bündelt Lehr- und Forschungsaktivitäten, die sich auf gesellschaftliche Konfliktlagen weltweit konzentrieren. Geschäftsführer ist Johannes M. Becker.

Das interdisziplinäre „Zentrum für Nah- und Mittelost-Studien“ der Philipps-Universität führt die Orientforschung Hessens zusammen. Es repräsentiert eine breit gefächerte Expertise, die von Sprachen über Geschichte und Religion bis zu Geographie, Soziologie und Wirtschaft reicht. Rachid Ouaissa hat die Professur für „Politik des Nahen und Mittleren Ostens“ inne.

steht: Die sind zu Demokratie unfähig! Die sind unterentwickelt! Das ist auf einen Schlag ins Wanken geraten. Die islamischen Staaten machen sich auf den Weg, sie jagen ihre Potentaten weg. Die Jungs und die Mädels fordern Respekt – die Mädels sind übrigens in Tunesien mit auf der Straße gewesen.

**Ouaissa:** Ein großer Teil auf den Straße von Damaskus, Kairo

trägerin unsere Zivilisation bedroht! Das ist doch paradox! Geschrieben von einem Banker in einer Zeit der Finanzkrise! Die ganze westliche Philosophie muss neu überlegt werden.

*Mit westlicher Philosophie meinen Sie, dass man den Islam als antiwestlichen Block ansieht?*

**Ouaissa:** Das ist das Eine: dass man die Welt differenziert anschauen muss, und auch nicht

## „Das Feindbild des Islam – die seien zu Demokratie unfähig, die seien unterentwickelt – ist auf einen Schlag ins Wanken geraten.“ Johannes M. Becker

und Tunis sind Frauen. Zurück zum Bild des Islam: Die kulturalistische Brille ist endlich kaputt. Da werden die Widersprüche in der europäischen Politik viel klarer. Entsteht irgendwo eine Moschee: ach, was für Debatten, was für Kontroversen!

Ich glaube, es ist kein Zufall, dass so ein Buch wie von Sarrazin, „Deutschland schafft sich ab“, in einer finanziellen Krise herauskommt – diese finanzielle Krise ist definitiv nicht von der Schleierträgerin geschaffen worden, sondern von großen Managern der deutschen Wirtschaft, die mit unserem Geld gepokert haben –, und das Buch kommt aus den Reihen der deutschen Banken, verdammt noch mal, die das Geld veruntreut haben und sagen, dass die Schleier-

aus einer Position der Überlegenheit, das geht nicht mehr. Von Gleichem zu Gleichen muss man die Welt jetzt anschauen.

Das Zweite ist: Wenn es zu einer Entwicklung kommt im Süden, die so positiv ist, wird auch die Osmose zwischen Nord und Süd so häufig sein, dass es ein heterogenes Deutschland zu akzeptieren gilt. Dass man sagt: „christliches Land“ – das wird nicht mehr reichen, um die Zukunft aufzubauen, man muss auch die anderen Komponenten berücksichtigen.

Was sich noch dramatisch verändern wird: Das ganze Konzept von Demokratieexport. Der Westen hat interveniert, um zwei Staaten demokratisch hinzubringen, nämlich Afghanistan und Irak. Beides ist gescheitert.

Jetzt kommt Demokratie dort, wo der Westen nicht interveniert, sondern die Diktaturen unterstützt hat.

*Glauben Sie, dass sich auch die Rolle der Frau nachhaltig ändern wird?*

**Ouaissa:** Definitiv, eben weil es eine Revolution der Werte ist, wird auch über viele Themen neu verhandelt, und gerade das Thema Frau. Der Staat in der arabischen Welt hat die Frau immer politisch benutzt, genau wie die Minderheiten. Jetzt wird wirklich eine philosophische Debatte anfangen. In dem Moment, wo die Frau auch einen Zugang zum Arbeitsmarkt hat, wird sie ihre Rolle neu verhandeln. Nicht nur als Staatsindividuum, sondern auch innerhalb der Familie wird sich das Wort „Respekt“ durchsetzen müssen.

*Von Tunesien bis Ägypten gab es eine Kette solcher Entwicklungen. Wird sich das noch weiter ausbreiten? Gibt es da noch Kandidaten?*

**Ouaissa:** Es gibt noch zwei Kandidaten, die wackeln, aber da geht's nicht um „regime change“, sondern um Reformen. Wir haben Jordanien und Marokko, das sind Königreiche, die sind geschichtlich legitimiert. Aber in den Golfstaaten, wenn die Frage darauf zielt ...

*Ich habe gar nicht gezielt, ich habe nur gefragt.*

**Ouaissa:** ... da haben wir eine Insel von Königreichen oder Emiraten, Sultanaten, wo es relativ stabil ist. Saudi Arabien ist ein Kandidat, aber da gab es eine Golfisierungspolitik: Die arbeitende Mehrheit sind Asiaten. Seit zehn Jahren hat eine Saudisierungspolitik angefangen, aber die kommt nicht so richtig voran, das Privatkapital verhindert es, weil: Asiaten sind billiger als die eigenen Leute. Ein Saudi wird nicht Chauffeur spielen, das geht nicht.

Ich glaube, die Region wird noch stabil bleiben. Es spielt auch eine Rolle, dass die Pilgerstädte da sind. Und die anderen, umliegenden Staaten, die sind zu klein und die Disparität ist nicht so groß.

>> Moderation: Ellen Thun und Johannes Scholten